

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung.....	1
§ 1 Gegenstand der Untersuchung.....	2
§ 2 Gang der Untersuchung.....	5
Teil 2: Die bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für EU-Kartellverstöße ihrer Tochtergesellschaft.....	7
§ 3 Die Mutter- und Tochtergesellschaft als einheitliches Unternehmen i.S.d. Europäischen Kartellrechts.....	7
I. Die Entwicklung des kartellrechtlichen Unternehmensbegriffs in der Entscheidungspraxis der Unionsorgane.....	8
1. Die rechtssubjektorientierte Auslegung des kartellrechtlichen Unternehmensbegriffs.....	8
2. Die wirtschaftliche Auslegung des kartellrechtlichen Unternehmensbegriffs.....	9
3. Anerkennung der wirtschaftlichen Auslegung des kartellrecht- lichen Unternehmensbegriffs durch die Rechtsprechung.....	11
II. Rechtsfolgen der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“ für Kon- zernsachverhalte.....	12
1. Die bußgeldrechtliche und schadenersatzrechtliche Verantwor- tlichkeit der Muttergesellschaft für Kartellverstöße der Tochterge- sellschaft auf Grundlage der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“.....	13
a) Die öffentliche Durchsetzung des EU-Kartellrechts.....	13
aa) Öffentliche Durchsetzung des EU-Kartellrechts durch die Europäische Kommission.....	13
(1) Schutz der Wettbewerbsregeln als gemeinsamer Zweck von Art. 23, 24 VO 1/2003.....	13
(2) Zwangsgelder als Mittel des Verwaltungszwangs.....	13
(3) Geldbußen als Mittel zur Abschreckung und Prävention von Kartellverstößen.....	14
(a) Pönalisierung von Zuwiderhandlungen verfahrens- und materiellrechtlicher Art.....	14
(b) Repression und Prävention durch Geldbußen unter Gel- tung von Art. 15 VO 17/1962.....	14
(c) Die Zwecke der Geldbuße im Einzelnen.....	15

bb) Die gesamtschuldnerische Bußgeldhaftung der Muttergesellschaft und Tochtergesellschaft auf Grundlage der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“	16
cc) Rechtsfolgen der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“ für die Bemessung der Geldbuße	17
dd) Die Geldbuße als Instrument zur Durchsetzung der EU-Wettbewerbspolitik	18
b) Die private Kartellrechtsdurchsetzung – Private Enforcement.....	20
aa) Die effektive Durchsetzung des Kartellrechts durch Schadensersatzansprüche	20
bb) Die schadensersatzrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für Kartellverstöße ihrer Tochtergesellschaft auf Grundlage der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“	21
2. Die Privilegierung konzerninterner Absprachen innerhalb der wirtschaftlichen Einheit	23
3. Die fusionskontrollrechtliche Privilegierung von Umstrukturierungen innerhalb der wirtschaftlichen Einheit.....	26
III. Rechtfertigung der wirtschaftlichen Auslegung des kartellrechtlichen Unternehmensbegriffs mit dem Telos des EU-Kartellrechts	27
1. Der Schutz des Wettbewerbs als Zweck des EU-Kartellrechts	27
2. Funktionen des Wettbewerbs	28
3. Begründung der wirtschaftlichen Auslegung des Unternehmensbegriffs mit dem Zweck des EU-Kartellrechts	28
a) Gewährleistung der effektiven Durchsetzung des Kartellrechts durch die wirtschaftliche Auslegung des Unternehmensbegriffs.....	29
b) Rechtfertigung der Privilegierung konzerninterner Vereinbarungen und konzerninterner Umstrukturierungen mit dem Telos des EU-Kartellrechts	32
IV. Zusammenfassung	32
§ 4 Die bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft als Rechtsfolge ihrer Zugehörigkeit zur wirtschaftlichen Einheit	34
I. Das Unternehmen als Norm- und Entscheidungsadressat des EU-Kartellrechts	34
II. Die bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für Kartellverstöße ihrer Tochtergesellschaft infolge ihrer Zugehörigkeit zur wirtschaftlichen Einheit.....	35

III. Das Fehlen der Autonomie der Tochtergesellschaft als Voraussetzung der bußgeldrechtlichen Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft.....	37
IV. Die Ermittlung des Autonomiedefizits der Tochtergesellschaft durch die Unionsorgane.....	38
1. Möglichkeit zur Ausübung bestimmenden Einflusses durch die Muttergesellschaft.....	38
2. Tatsächliche Ausübung bestimmenden Einflusses durch die Muttergesellschaft.....	39
a) Die fehlende Autonomie der Tochtergesellschaft aufgrund struktureller Verflechtungen mit der Muttergesellschaft	39
b) Das Fehlen der Autonomie der Tochtergesellschaft aufgrund personeller Verflechtungen mit der Muttergesellschaft	41
V. Bezugspunkt des Autonomiedefizits der Tochtergesellschaft	41
VI. Unvereinbarkeit der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“ mit rechtsstaatlichen Fundamentalgarantien und dem gesellschaftsrechtlichen Trennungsprinzip.....	42
1. Kartellrechtliche Geldbußen als strafrechtsähnliche Sanktionen	42
2. Normatives Defizit der gesamtschuldnerischen Bußgeldhaftung von Konzerngesellschaften auf Grundlage der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“	43
a) Die gesetzliche Regelung als Grundlage kartellrechtlicher Sanktion	43
b) Der Unternehmensbegriff als unzureichende gesetzliche Grundlage der bußgeldrechtlichen Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft.....	43
c) Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage zur Begründung der gesamtschuldnerischen Bußgeldhaftung	46
3. Unvereinbarkeit der gesamtschuldnerischen Bußgeldhaftung auf Grundlage der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“ mit dem Schuldgrundsatz	47
a) Inhalt des Schuldgrundsatzes	47
b) Die Ausübung bestimmenden Einflusses als unzureichender Schuldvorwurf	47
4. Unvereinbarkeit der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“ mit dem gesellschaftsrechtlichen Trennungsprinzip	48

a) Gesellschaftsrechtliche Haftungstrennung zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft	49
b) Haftungsdurchgriff im deutschen Gesellschaftsrecht	50
aa) Die Außenhaftung der Muttergesellschaft im GmbH-Recht	50
bb) Die Außenhaftung der Muttergesellschaft im Aktienrecht	52
c) Verankerung des Trennungsprinzips im Gesellschaftsrecht der übrigen Mitgliedstaaten der EU	52
d) Widerstreit zwischen der bußgeldrechtlichen Verantwortlichkeit der wirtschaftlichen Einheit und dem gesellschaftsrechtlichen Trennungsprinzip	53
e) Stellungnahme zur Auflösung des Widerstreits zwischen dem Trennungsprinzip und der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“	54
f) Zusammenfassung	57
VII. Zusammenfassung	57
§ 5 Der Nachweis der tatsächlichen Ausübung bestimmenden Einflusses	59
I. Der Nachweis der tatsächlichen Ausübung bestimmenden Einflusses durch die Europäische Kommission	59
1. Vermutung der tatsächlichen Ausübung bestimmenden Einflusses in Fällen der 100%-Beteiligung am Kapital der Tochtergesellschaft	60
2. Voraussetzungen der Vermutung der tatsächlichen Ausübung bestimmenden Einflusses	61
3. Widerlegung der Vermutung	62
4. Vermutung der tatsächlichen Ausübung bestimmenden Einflusses in Fällen der nahezu 100%-Beteiligung am Kapital der Tochtergesellschaft	63
II. Bedenken in Hinblick auf die Vermutung der tatsächlichen Ausübung bestimmenden Einflusses	63
1. Dogmatische Grundlage der Vermutung der tatsächlichen Ausübung bestimmenden Einflusses	64
2. Unvereinbarkeit der Vermutung der tatsächlichen Ausübung bestimmenden Einflusses mit dem Grundsatz der Fairness im Wettbewerbsrecht	65
3. Keine Rechtfertigung der Akzo-Vermutung durch das Interesse der Allgemeinheit an der effektiven Durchsetzung des Kartellrechts	68

a) Die Praxis der Unionsorgane in Hinblick auf die Berücksichtigung von Compliance-Programmen bei der Haftungszurechnung und Bußgeldbemessung	68
aa) Standpunkt der Europäischen Kommission in Hinblick auf die Berücksichtigung von Compliance-Maßnahmen	69
bb) Praxis der EU-Gerichte in Hinblick auf die Berücksichtigung von Compliance-Maßnahmen	70
b) Stellungnahme: Wertungswidersprüche der Entscheidungspraxis der Unionsorgane in Hinblick auf die Nichtberücksichtigung von Compliance-Programmen	72
III. Zusammenfassung	73
§ 6 Die bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaften für Kartellverstöße des Gemeinschaftsunternehmens	74
I. Die Entscheidungspraxis der Unionsorgane zum Gemeinschaftsunternehmen als Teil der wirtschaftlichen Einheit	75
1. Das gemeinsam beherrschte Unternehmen als Teil der wirtschaftlichen Einheit	75
a) Tatsächliche Ausübung bestimmenden Einflusses durch eine der Muttergesellschaften des Gemeinschaftsunternehmens	75
b) Gemeinsame Kontrolle des Gemeinschaftsunternehmens durch die Muttergesellschaften	76
c) Addition der Beteiligungen am Gemeinschaftsunternehmen zur Anwendung der 100%-Vermutung	79
2. Einzelfragen zum Gemeinschaftsunternehmen als Teil der wirtschaftlichen Einheit	81
a) Die bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit der mittelbar an dem Gemeinschaftsunternehmen beteiligten Muttergesellschaft	81
b) Das Gemeinschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit als Teil einer wirtschaftlichen Einheit	81
c) Bestimmender Einfluss eines Kommanditisten	82
d) Das Vollfunktionsgemeinschaftsunternehmen als Teil einer wirtschaftlichen Einheit	83
e) Bestimmender Einfluss eines Minderheitsgesellschafters	83
II. Stellungnahme zur Behandlung des Gemeinschaftsunternehmens als Teil einer wirtschaftlichen Einheit durch die Unionsorgane	84

1. Besonderheiten des Gemeinschaftsunternehmens gegenüber der 100%-igen Tochtergesellschaft.....	84
a) Charakteristische Eigenschaften des Gemeinschaftsunternehmens.....	85
b) Ökonomische Bedeutung des Gemeinschaftsunternehmens	85
2. Annäherung der Kriterien des bestimmenden Einflusses an die Kriterien der Fusionskontrolle	86
a) Anhaltspunkte für eine Annäherung der tatsächlichen Ausübung bestimmenden Einflusses an die Kriterien der Fusionskontrolle.....	86
b) Die Kontrolle über ein Unternehmen i.S.d. Fusionskontrolle	87
aa) Die Kontrolle über ein Unternehmen gemäß Art. 3 Abs. 1 lit. b), Abs. 2 FKVO.....	88
(1) Die Möglichkeit zur Ausübung bestimmenden Einflusses gemäß Art. 3 Abs. 2 FKVO	88
(2) Die unternehmensinterne Willensbildung als Bezugspunkt der Kontrolle	88
bb) Mittel der Kontrolle	88
cc) Alleinige Kontrolle über ein Unternehmen durch Anteilserwerb.....	89
dd) Gemeinsame Kontrolle über ein Unternehmen	89
(1) Gemeinsame Kontrolle paritätisch beteiligter Muttergesellschaften	90
(2) Gemeinsame Kontrolle durch einen Minderheitsgesellschafter.....	90
c) Vergleich zwischen dem Begriff der Kontrolle in der Fusionskontrolle und dem Begriff der Kontrolle in Hinblick auf die bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft auf Grundlage der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“	91
aa) Die Kontrolle i.S.d. Fusionskontrolle als Möglichkeit zur Ausübung bestimmenden Einflusses auf ein Unternehmen	91
bb) Die Tätigkeit eines Unternehmens als Bezugspunkt der Kontrolle	92
cc) Ermittlung der Kontrolle über ein Unternehmen	92
dd) Alleinige Kontrolle über ein Unternehmen	93
ee) Zur gemeinsamen Kontrolle über ein Unternehmen.....	93

d) Stellungnahme zu den Parallelen zwischen der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“ und den Kriterien der Fusionskontrolle	94
aa) Die Funktion der Kontrolle in der Fusionskontrolle und der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“	94
(1) Die Fusionskontrolle als Strukturkontrolle.....	94
(2) Die Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“ als Mittel zur Sanktionierung von Kartellverstößen	94
bb) Die Möglichkeit zur Ausübung bestimmenden Einflusses in der Fusionskontrolle.....	95
III. Zusammenfassung	96
Teil 3: Die Erarbeitung einer sachgerechten Restriktion der bußgeldrechtlichen Verantwortlichkeit auf der Grundlage der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“	99
§ 7 Vergleich der bußgeldrechtlichen und schadensersatzrechtlichen Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für Kartellverstöße ihrer Tochtergesellschaft im Europäischen Kartellrecht mit derjenigen im US-Recht	99
I. Die Haftung der Konzernobergesellschaft im US-Recht auf Grundlage der Piercing the Corporate Veil Doctrine	99
1. Grundzüge des US-Corporate Law: Limited Shareholder Liability als Charakteristikum der Corporation	99
a) Die Corporation als „Legal Entity“	100
b) Das Entity Law am Beispiel der Business Corporation.....	101
c) Konsequenz der Entity Theory: Limited Shareholder Liability.....	101
d) Recognition of Corporateness als Grundsatz des US-Corporate Law	102
aa) Traditionelle Eigenschaften einer Corporation	102
bb) Rechtsfolge der Recognition of Corporateness	102
e) Zusammenfassung	103
2. Konzernhaftung im US-Recht: Piercing the Veil in Corporate Groups	103
a) Der Haftungsdurchgriff als Ausnahme zur Limited Shareholder Liability	103
aa) Haftungsdurchgriff auf Grundlage der Piercing the Corporate Veil Doctrine.....	104

bb) Die Piercing the Corporate Veil Doctrine als Instrument des Billigkeitsrechts	105
b) Voraussetzungen des Haftungsdurchgriffs im US-Recht	105
aa) Traditionelle Voraussetzungen des Haftungsdurchgriffs	106
(1) Dominanzverhältnis zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft	106
(2) Missbrauch der Corporate Separateness durch die Muttergesellschaft	107
(3) Eintritt eines Schadens zulasten des Gläubigers der Tochtergesellschaft	107
(4) Der Haftungsdurchgriff am Beispiel des US-Vertragsrechts.....	107
bb) Haftungsdurchgriff ausschließlich aufgrund eines Dominanzverhältnisses zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft.....	108
cc) Piercing the Corporate Veil am Beispiel ausgewählter Einzelstaaten	110
(1) Veil Piercing in Illinois.....	110
(2) Veil Piercing in Delaware.....	111
c) Empirische Untersuchungen zum Haftungsdurchgriff in den USA	113
d) Zusammenfassung.....	114
3. Die strafrechtliche und zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für Kartellverstöße ihrer Tochtergesellschaft im US-Recht.....	115
a) „Persons“ als Adressaten des US-Antitrust Law	115
b) Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für Kartellverstöße.....	116
c) Die Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft im Zivilverfahren	117
aa) Die Indirect Liability der Muttergesellschaft als echte Durchgriffshaftung	118
bb) Die Direct Liability der Muttergesellschaft.....	118
(1) Sachverhalt United States vs. Bestfoods.....	119
(2) Die Haftung der Muttergesellschaft als Betreiberin einer Anlage.....	119

(3) Entscheidungsgründe des U.S. Supreme Court	121
(a) Grundsatz: Anerkennung der Corporate Separateness	121
(b) Die Indirect Liability der Muttergesellschaft auf Grundlage der Piercing the Corporate Veil Doctrine	121
(c) Die Direct Liability der Muttergesellschaft als „operator“ i.S.d. § 107 CERCLA	122
(d) Auslegung des Begriffs „operator“ nach Sinn und Zweck des CERCLA	122
(e) Ermittlung des „operator“ einer Anlage auf Grundlage des Actual Control Test	123
(f) Feststellungen der Vorinstanz zum Actual Control Test	124
(4) Konsequenzen aus United States v. Bestfoods für die Durchgriffshaftung im US-Antitrust Law	124
cc) Beispielsfall zur schadensersatzrechtlichen Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für Antitrust-Verstöße ihrer Tochter-gesellschaft	126
dd) Schadensersatzrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft aufgrund Complete Unity of Interest?	129
(1) Mutter- und Tochtergesellschaft als Single Enterprise	129
(2) Haftungsdurchgriff auf Grundlage der Single Enterprise Doctrine?	130
(a) Direct Liability auf Grundlage der Single Enterprise Doctrine	131
(b) Single Enterprise Doctrine als unzulässige Erweiterung der Direct Liability?	132
d) Zusammenfassung	133
4. Der Haftungsdurchgriff im Bundesstaat Texas	133
a) Grundlagen des Corporate Law in Texas	134
b) Die Entwicklung des Haftungsdurchgriffs in Texas	135
aa) Haftungsdurchgriff auf Grundlage der Alter Ego Theory	135
(1) Corporation und Shareholder als Alter Ego	135
(2) Voraussetzungen der Alter Ego Theory im Einzelnen	136
bb) Die Corporation als „Sham to perpetrate a fraud“	137
c) Actual Fraud als Voraussetzung des Haftungsdurchgriffs gemäß Art. 2.21 TBCA	138

aa) Systematik von Art. 2.21 TBCA	139
bb) Voraussetzungen des Haftungsdurchgriffs gemäß Art. 2.21 TBCA	139
cc) Anforderungen an Actual Fraud i.S.v. Art. 2.21 TBCA	140
d) Beispiel für den Haftungsdurchgriff gemäß Art. 2.21 TBCA	141
e) Die Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaft aufgrund der Zugehörigkeit zu einer einheitlichen Unternehmung	142
aa) Mutter- und Tochtergesellschaft als Single Business Enterprise	142
bb) Das Verhältnis der Single Business Enterprise Theory zur Alter Ego Theory	144
(1) Relevanz des Verhältnisses der Single Business Enterprise zur Alter Ego Theory: Erfordernis von Actual Fraud	144
(2) Die Single Business Enterprise Theory als eigenständige Doktrin des Haftungsdurchgriffs	145
(3) Die Single Business Enterprise Theory als „other similar theory“ i.S.d. Art. 2.21 TBCA	148
(4) Unvereinbarkeit der Single Business Enterprise Theory mit Grundsätzen des Haftungsdurchgriff im US-Recht	149
f) Zusammenfassung	152
II. Vergleich der bußgeldrechtlichen und schadensersatzrechtlichen Verantwortlichkeit zwischen dem EU-Kartellrecht und US-Kartellrecht	153
1. Das gesellschaftsrechtliche Trennungsprinzip im EU-Kartellrecht und US-Gesellschaftsrecht	153
2. Beschränkung der Theorie der „wirtschaftlichen Einheit“ auf das EU-Kartellrecht	153
3. Piercing the Corporate Veil als Ausnahme zur Limited Shareholder Liability	155
4. Kein Veil Piercing ausschließlich aufgrund von Kontrolle der Mutter- über die Tochtergesellschaft	156
5. Zwischenergebnis: Unterschiedliche Auffassungen zur Zulässigkeit der Konzernhaftung im EU- und US-Kartellrecht	158
III. Gründe für die restriktive Zulassung des Haftungsdurchgriffs im US-Kartellrecht	159

1. Die Ursprünge der Entity Theory: Trennung von Kapitalgebern und Geschäftsführung	159
2. Vergleich zwischen dem EU-Kartellrecht und US-Kartellrecht hinsichtlich der öffentlichen und privaten Durchsetzung des Kartellrechts	160
a) Öffentliche Durchsetzung des US-Antitrust Law	160
b) Die private Durchsetzung des US-Antitrust Law	161
aa) Abschreckung und Prävention von Kartellverstößen durch dreifachen Schadensersatz	161
bb) Abschreckung und Prävention von Wettbewerbsverstößen durch Sammelklagen	163
c) Strafrechtliche Haftung von Vorstandsmitgliedern und Angestellten einer Corporation als Mittel zur Abschreckung und Prävention von Kartellverstößen	163
3. Zusammenfassung	164
Teil 4: Restriktion der bußgeldrechtlichen Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft für Kartellverstöße ihrer Tochtergesellschaft: Übertragung der Grundsätze zum Haftungsdurchgriff auf das Europäische Kartellrecht	167
Teil 5: Zusammenfassung	171
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXVII
Entscheidungsverzeichnis	XXXVII